Bremische Bürgerschaft
Landtag
21. Wahlperiode

Anfragen in der Fragestunde der 38. Sitzung

Anfrage 1: Wie ist der Katastrophenschutz im Land Bremen finanziell ausgestattet?
Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU
vom 17. September 2026

Wir fragen den Senat:

1. In welcher Höhe standen für den Katastrophenschutz im Land Bremen in den vergangenen zehn Jahren jeweils Haushaltsmittel zur Verfügung, inwieweit plant der Senat gegebenenfalls eine Erhöhung der Mittel und wenn ja, ab wann und in welcher Höhe?

2. Welche Behörden, Organisationen und sonstigen Institutionen erhielten in den vergangenen zehn Jahren jeweils Mittel in welcher Höhe und für welche Zwecke für den Katastrophenschutz, und wie haben sich diese Zuweisungen im genannten Zeitraum entwickelt?

3. Hält der Senat die derzeitige finanzielle Ausstattung des Katastrophenschutzes angesichts seiner vielfältigen und stetig gewachsenen Aufgaben aktuell für ausreichend?

Anfrage 2: Gender Pension Gap im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Kerstin Eckardt, Bettina Hornhues, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU
vom 17. September 2026

Wir fragen den Senat:

1. Wie hoch liegt der aktuelle Gender Pension Gap (geschlechtsspezifische Rentenlücke) im Land Bremen?

2. Woraus resultiert dieser gewichtet nach Ursachen wie hohen Teilzeitquoten, Care-Arbeit und Erwerbsstruktur im Land Bremen?

3. Warum findet der Gender Pension Gap als Ergebnis typischer Berufsbiografien von Frauen keine Beachtung in der Landesstrategie Gendergerechtigkeit und Entgeltgleichheit?

Anfrage 3: Nutzung, Bekanntheit und Ressourcen der psychosozialen Betreuung und Einsatznachsorge bei Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst
Anfrage der Abgeordneten Dr. Solveig Eschen, Michael Labetzke, Dr. Emanuel Herold und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
vom 17. September 2026

Wir fragen den Senat:

1. Wie oft wurden die bestehenden internen Angebote zur Einsatznachsorge – insbesondere das Einsatznachsorgeteam (ENT) der Feuerwehr Bremen und das Kollegiale Betreuungsteam (KBT) der Polizei – in den vergangenen drei Jahren in Anspruch genommen?

2. Welche Maßnahmen ergreift der Senat, um diese Angebote im Dienstalltag gezielt bekannter zu machen und sicherzustellen, dass Betroffene sowohl nach belastenden Einsätzen als auch bei schleichender systemischer Überlastung oder anderen psychosozialen Betreuungsbedarfen einen barriere- und stigmatisierungsfreien Zugang zu Unterstützung erhalten?

3. Welche Konsequenzen zieht der Senat aus Hinweisen – unter anderem der Polizeibeauftragten –, wonach es im Einsatz- und Schichtalltag regelmäßig an zeitlichen und räumlichen Ressourcen für zwingend erforderliche, sanktionsfreie und fehleroffene Nachbesprechungen (Debriefings) mangelt?

Anfrage 4: Gesundheitsfachkräfte von morgen: Wie unterstützt der Senat den Ausbau des Angebots an Studiengängen in Bremerhaven?
Anfrage der Abgeordneten Janina Strelow, Ute Reimers-Bruns, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD
vom 17. September 2026

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat die für das Wintersemester 2027/2028 geplante Einführung der Bachelorstudiengänge Ernährungsberatung und Physiotherapie an der Hochschule Bremerhaven, insbesondere vor dem Hintergrund des Fachkräftebedarfs im Gesundheitswesen, und wie viele zusätzliche Studienplätze sollen dadurch geschaffen werden?

2. Welchen Stand hat die parallel geprüfte Entwicklung eines gemeinsamen Masterstudiengangs im Bereich der Gesundheitsfachberufe mit der Hochschule Bremen, und wann rechnet der Senat mit einer Entscheidung?

3. Wie bewertet der Senat die Rolle von Praxispartnern aus dem Gesundheitswesen bei der Ausgestaltung und Umsetzung der neuen Studienangebote?

Anfrage 5: Medizinische Versorgungszentren: Welche Rolle spielen Investoren im Land Bremen?
Anfrage der Abgeordneten Ute Reimers-Bruns, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD
vom 17. September 2026

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele medizinische Versorgungszentren sind nach Kenntnis des Senats aktuell in Bremen und Bremerhaven zugelassen, und in wie vielen Fällen ist dem Senat eine überwiegend investorengetragene statt ärztliche Trägerschaft bekannt?

2. Sind dem Senat Fälle von investorengeführten medizinischen Versorgungszentren in Bremen oder Bremerhaven bekannt, bei denen es zu vergleichbaren Konflikten mit Praxisinhaber:innen, Beschäftigten oder Patient:innen gekommen ist, wie sie zuletzt im Zusammenhang mit dem Unternehmen Mevido HZV GmbH aus Berlin öffentlich wurden?

3. Wie steht der Senat, vor dem Hintergrund fehlender Transparenz über die tatsächlichen Eigentümerstrukturen von medizinischen Versorgungszentren, zu Forderungen nach einem bundesweiten MVZ-Transparenzregister sowie strengerer Kontrolle von Praxisübernahmen durch Investorengruppen?

Anfrage 6: Kooperation statt Doppelstrukturen – zivilgesellschaftliche Bildungsprojekte am Beispiel des Pilotprojekts „Hand in Hand" in Blumenthal
Anfrage der Abgeordneten Fynn Voigt, Thore Schäck und Fraktion der FDP
vom 17. September 2026

Wir fragen den Senat:

1. Welche kurzfristigen Ideen hat die Bildungsbehörde, um dem Unterrichtsausfall konstruktiv zu begegnen, und welche davon sind bereits umgesetzt?

2. Ist dem Senat das Berliner Kooperationsmodell „LifeTeachUs“ bekannt, mit dem Nordrhein-Westfalen seit August 2026 landesweit zusammenarbeitet, und wurde vor dem Start von „Hand in Hand“ geprüft, ob Bremen an dieses bestehende Modell hätte andocken können?

3. Nach welchen Kriterien entscheidet der Senat, ob er eigene Modellprojekte entwickelt, statt bestehende zivilgesellschaftliche Kooperationen zu nutzen, und wie bewertet er, dass Nordrhein-Westfalen ein bundesweites Modell binnen weniger Monate ausgerollt hat, während Bremen für „Hand in Hand“ rund 19 600 Euro in ein eigenes, langsameres Pilotprojekt investiert?

Anfrage 7: Welche Leistungsgruppen können die Krankenhäuser im Land Bremen künftig anbieten?
Anfrage der Abgeordneten Ole Humpich, Thore Schäck und Fraktion der FDP vom 17. September 2026

Wir fragen den Senat:

1. Wie ist der aktuelle Sachstand bei der Zuweisung der medizinischen Leistungsgruppen an die Kliniken im Land Bremen, und wie wird ein transparentes und nachvollziehbares Verfahren sichergestellt?

2. Wann erfahren die Krankenhäuser verbindlich, welches Leistungsportfolio sie künftig anbieten können?

3. Welche konkreten Übergangsregelungen sind vorgesehen, die es Kliniken ermöglichen, Strukturen auf- oder abzubauen und eine wirtschaftliche Schieflage verhindern?

Anfrage 8: Ausübung des Gewerbes der Prostitution in der Stadt Bremen
Anfrage der Abgeordneten Meltem Sağıroğlu und der Gruppe Bürgerallianz Bremen/Bremerhaven
vom 17. September 2026

Wir fragen den Senat:

1. Welche Gründe lagen der gegenwärtigen räumlichen Abgrenzung des Sperrbezirks gemäß der aktuell geltenden „Verordnung über das Verbot der Prostitution in Teilgebieten der Stadt Bremen“ zugrunde, und wann wurde diese zuletzt grundlegend überprüft? (Um detaillierte Auskunft wird insbesondere bezüglich der Nichterfassung des Stadtteils Walle, insbesondere der Nordstraße, im Rahmen des Verbotes der „sonstigen Prostitution“ gebeten.)

2. Welche Prostitutionsbetriebe beziehungsweise prostitutionsgewerblichen Betriebe sind oder waren in den vergangenen zehn Jahren im Bereich der Nordstraße und ihres unmittelbaren Umfelds (inklusive Kinder- und Jugendeinrichtungen im weiteren Sinne) genehmigt beziehungsweise dem Senat bekannt?

3. Wie stellt der Senat sicher, dass Kinder und Jugendliche, die Schulen im unmittelbaren Umfeld von Prostitutionsbetrieben besuchen, vor einer möglichen Konfrontation mit sichtbaren Angeboten, Werbung, Kundenverkehr oder sonstigen Begleiterscheinungen des Prostitutionsgewerbes geschützt werden?

Anfrage 9: Wie viele Menschen erreicht „Augen unserer Stadt“?
Anfrage der Abgeordneten Bettina Hornhues, Marco Lübke, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU
vom 23. September 2026

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Personen beziehen aktuell den Newsletter „Augen unserer Stadt“ der Polizei Bremen, wie haben sich die Abonnentenzahlen in den vergangenen fünf Jahren entwickelt, und wie bewertet der Senat die Reichweite und Wirksamkeit dieses Präventionsangebots?

2. Wie bewertet der Senat die Nutzerfreundlichkeit und Barrierearmut des Anmeldeverfahrens mittels PDF-Formular, und bis wann sollen eine vollständig digitale Anmeldung sowie ein öffentlich zugängliches und durchsuchbares Newsletter-Archiv eingerichtet werden?

3. Wie erklärt der Senat, dass auf der Internetseite der Polizei Bremen zum Newsletter „Augen unserer Stadt“ keine inhaltlichen Informationen abrufbar sind, seit wann ist dieser Umstand bekannt, und wann wird die Seite wieder mit aktuellen Informationen zur Verfügung stehen?

Anfrage 10: Wann befasst sich der Senat mit der Anpassung der Kostenerstattung für die Bewirtschaftung von Grünland in Bremer Natura2000 Landschafts- und Naturschutzgebieten?
Anfrage der Abgeordneten Frank Imhoff, Hartmut Bodeit, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU
vom 30. September 2026

Diese Anfrage wurde von den Fragestellenden zurückgezogen.

Anfrage 11: Ausreise eines Somaliers
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Fraktion BÜRGER IN WUT
vom 1. Oktober 2026

Wir fragen den Senat:

1. Treffen Medienberichte zu, wonach der 28-jährige somalische Staatsangehörige, der im Verdacht steht, einen islamistisch motivierten Angriff auf Polizeikräfte geplant zu haben, mittlerweile die Bundesrepublik Deutschland verlassen hat – und, sofern dies zutrifft, wann genau erfolgte seine Ausreise?

2. Welche finanziellen Leistungen, Sachleistungen und sonstigen Unterstützungsleistungen wurden dem Betroffenen im Zusammenhang mit seiner Ausreise gewährt, und welche weiteren Kosten, insbesondere für Reise, Dokumentenbeschaffung, Sicherheitsmaßnahmen, Begleitung oder sonstige organisatorische Maßnahmen, wurden von bremischen Behörden übernommen?

3. Wurde gegen den Betroffenen ein Einreise- und Aufenthaltsverbot gemäß § 11 Aufenthaltsgesetz verfügt und, sofern dies zutrifft, auf welcher Rechtsgrundlage sowie für welchen Zeitraum gilt dieses, beziehungsweise, sofern kein solches Verbot verfügt wurde, aus welchen rechtlichen und tatsächlichen Gründen wurde hiervon abgesehen?

Anfrage 12: Hitze- und Kälteschutz für wohnungs- und obdachlose Menschen in Bremen und Bremerhaven
Anfrage der Abgeordneten Katharina Kähler, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD
vom 5. Oktober 2026

Wir fragen den Senat:

1. Welche Hitzeschutzmaßnahmen für wohnungs- und obdachlose Menschen wurden durch den Senat und den Magistrat Bremerhaven im Sommer 2026 umgesetzt, um diese besonders vulnerable Gruppe zu schützen, und welche speziellen Maßnahmen wurden insbesondere bei Extremtemperaturlagen ergriffen?

2. Welche Kälteschutzmaßnahmen planen der Senat und der Magistrat Bremerhaven für wohnungs- und obdachlose Menschen für den Winter 2026/2027?

3. Inwieweit orientieren sich der Senat und der Magistrat Bremerhaven bei der Weiterentwicklung ihrer Schutzmaßnahmen gegen Hitze und Kälte an den Empfehlungen des 2026 vom Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen veröffentlichten „Leitfaden für die Unterbringung wohnungsloser Menschen“?

Anfrage 13: Endlich zuverlässige Hilfe für auf Sauerstoff angewiesene und heimbeatmete Patienten im Krisen- oder Katastrophenfall möglich?
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU
vom 8. Oktober 2026

Wir fragen den Senat:

1. Zu welchem Entschluss hinsichtlich der Einführung eines freiwilligen Pflegeregisters in Bremen ist der Senat nach seinem Austausch mit dem Landkreis Wesermarsch gekommen, und welche Senatsressorts waren in den Austausch und daraus folgende Entscheidungen für Bremen eingebunden?

2. Welche Bedenken gibt es aktuell noch aus dem Bereich des Datenschutzes, welche Punkte konnten bereits gelöst werden, und welche Antworten haben der Landkreis Wesermarsch und andere Regionen auf Fragen des Datenschutzes gegeben, die man auf Bremen übertragen könnte?

3. Welche Fragen und Problemstellungen müssen noch gelöst werden, bis die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz entgegen ihrer Antwort aus Januar 2026 sagen kann, dass die Umsetzung einer Lösung für die zur Rede stehende vulnerable Gruppe endlich zufriedenstellend abgeschlossen werden kann?

Anfrage 14: Schiedsstellenverfahren Sozialressort
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU
vom 8. Oktober 2026

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Schiedsverfahren wurden in den letzten drei Jahren durchgeführt, weil sich Leistungsträger und Verhandlungspartei nicht über die Höhe von notwendigen Kostenerstattungen einigen konnten, wie lange dauerten diese jeweils und gibt es aktuell laufende Schiedsverfahren? Wenn ja, bitte auch deren Dauer und Sozialgesetzbuchsbezug angeben.

2. Welche Qualifikationen müssen Vorsitzende von Schiedsstellen mitbringen, welche Wechsel gab es in den letzten drei Jahren, und wie wirken sich Personalwechsel auf laufende Schiedsverfahren aus? Bitte so darstellen, dass auch Lücken in der Besetzung erkennbar werden.

3. Welche rechtlichen Vorgaben, insbesondere zeitliche Fristen, gibt es für den Ablauf von Schiedsverfahren, inwiefern ist es richtig, dass Verhandlungsparteien erst nach einem Schiedsverfahren klagen dürfen, und welche rechtlichen Möglichkeiten haben Verhandlungsparteien, wenn die rechtlichen Vorgaben für den Ablauf eines Schiedsverfahrens durch den Leistungsträger (das Sozialressort) nicht eingehalten werden?

Anfrage 15: Ausreiseprämien für Gefährder und Straftäter – wie viel Steuergeld zahlt Bremen?
Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU
vom 27. Oktober 2026

Wir fragen den Senat:

1. Wie rechtfertigt der Senat die nach Medienberichten gewährte Zahlung von 5 000 Euro an einen somalischen Intensivtäter und Gefährder für dessen freiwillige Ausreise, und auf welcher rechtlichen Grundlage und nach welchen Kriterien wurde diese Zahlung getätigt?

2. Wie viele Personen erhielten im Land Bremen im Jahr 2025 und im Jahr 2026 bis zum 15. Oktober 2026 finanzielle Unterstützung für ihre freiwillige Ausreise beziehungsweise Rückführung in ihre Heimatländer, und wie hoch waren die jeweiligen Gesamtausgaben einschließlich etwaiger Sonder- und Einzelfallzahlungen? (Bitte nach Jahren und Finanzierungsquellen aufschlüsseln sowie den aus bremischen Haushalten finanzierten Anteil gesondert ausweisen.)

3. Wie viele dieser Personen waren zum Zeitpunkt der Bewilligung rechtskräftig verurteilte Straftäter, polizeilich als Intensivtäter erfasst oder als Gefährder eingestuft, und welche Gesamtbeträge sowie höchsten Einzelzahlungen entfielen auf diese Personen jeweils (bitte nach Jahren und Personen getrennt ausweisen und Überschneidungen kenntlich machen), und bei wie vielen der Personen wurde eine Wiedereinreisesperre verhängt und für jeweils welche Dauer?

Anfrage 16: Mehr Sauberkeit am Bremer Hauptbahnhof?
Anfrage der Abgeordneten Michael Jonitz, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU
vom 27. Oktober 2026

Wir fragen den Senat:

1. Welche zusätzlichen Reinigungsleistungen werden nach Kenntnis des Senats am Bremer Hauptbahnhof im Rahmen des Deutsche Bahn-Sofortprogramms für mehr Sicherheit und Sauberkeit 2026 erbracht, und inwieweit wurden die Reinigungsintervalle und der Personaleinsatz erhöht?

2. Wie werden nach Kenntnis des Senats die Qualität der Reinigung und die Beseitigung gemeldeter Verschmutzungen am Hauptbahnhof kontrolliert, und welche Verbesserungen konnten seit Beginn des Sofortprogramms festgestellt werden?

3. Welchen weiteren Handlungsbedarf sieht der Senat bei der Sauberkeit im Hauptbahnhof und auf den unmittelbar angrenzenden Flächen, und welche zusätzlichen Maßnahmen wird er hierzu mit der Deutschen Bahn und den zuständigen bremischen Stellen vereinbaren?

Anfrage 17: Umsetzung des „Agents of Change“-Prinzips – wie schützt Bremen Spielstätten und Clubs vor Verdrängung?
Anfrage der Abgeordneten Kai Wargalla, Bithja Menzel, Dr. Emanuel Herold und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
vom 27. Oktober 2026

Wir fragen den Senat:

1. Wie ist der aktuelle Umsetzungsstand des 2021 von der Bürgerschaft (Landtag) beschlossenen „Agents of Change“-Prinzips (Drucksache 20/636), welche konkreten Maßnahmen hat der Senat seit dem Beschluss ergriffen, und in welcher Form wurde das Prinzip in der Bremer Planungs- und Genehmigungspraxis verankert?

2. In welchen konkreten Fällen ist das „Agents of Change“-Prinzip bei der Aufstellung von Bebauungsplänen, bei städtebaulichen Verträgen oder in Bau- und Genehmigungsverfahren zur Anwendung gekommen, insbesondere bei Vorhaben mit neuer schutzbedürftiger Wohnbebauung im Umfeld bestehender Musikclubs, Spielstätten oder anderer lärmemittierender Kultureinrichtungen?

3. Welche weiteren Schritte plant der Senat, um die Anwendung des „Agents of Change“-Prinzips dauerhaft und einheitlich in der Bremer Planungs- und Genehmigungspraxis sicherzustellen, und sieht der Senat hierfür noch rechtlichen, fachlichen oder verwaltungsorganisatorischen Handlungsbedarf?

Anfrage 18: Wann befasst sich der Senat mit der Anpassung der Kostenerstattung für die Bewirtschaftung von Grünland in Bremer Natura2000 Landschafts- und Naturschutzgebieten?
Anfrage der Abgeordneten Hartmut Bodeit, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU
vom 2. November 2026

Wir fragen den Senat:

1. Wann kann mit dem Gutachten (und der Auswertung) zur Anpassung der Kostenerstattung für die Bewirtschaftung von Grünland in Bremer Natura2000 Landschafts- und Naturschutzgebieten gemäß des Beschlusses vom 3. April 2025 gerechnet werden?

2. Wann plant der Senat die Befassung mit dem Antrag (Drucksache 21/1005) in der staatlichen Deputation für Umwelt, Klima und Landwirtschaft?

3. Aus welchen Gründen verzögern sich die Veröffentlichung des Gutachtens, die damit verbundenen Maßnahmen und die Befassung mit dem Antrag (Drucksache 21/1005) seit anderthalb Jahren?

Anfrage 19: Veranstaltung mit russischem Botschaftsrat: Öffentliche Unterstützung und Haltung des Senats
Anfrage des Abgeordneten Thore Schäck und Fraktion der FDP
vom 5. November 2026

Wir fragen den Senat:

1. Erhält der Verein „Deutsch-Russische Friedenstage Bremen e. V.“ öffentliche Fördermittel des Landes Bremen oder der Stadtgemeinde Bremen für die am 22. Oktober 2026 angekündigte Veranstaltung mit dem Titel: „Deutsch-russische Beziehungen und das Ziel einer europäischen Friedensarchitektur“, und wenn ja, in welcher Höhe?
2. Werden für die Durchführung der genannten Veranstaltung öffentliche Räume oder sonstige Sachleistungen des Landes Bremen oder der Stadtgemeinde Bremen zur Verfügung gestellt, und wenn ja, welche?

3. Wie bewertet der Senat den Auftritt des russischen Botschaftsrats Andrej Bagaj als Vertreter der Regierung der Russischen Föderation bei einer öffentlichen Veranstaltung über Frieden und europäische Sicherheitsordnung?

Anfrage 20: Einladung von Francesca Albanese nach Bremen
Anfrage der Abgeordneten Dr. Marcel Schröder, Fynn Voigt, Thore Schäck und Fraktion der FDP
vom 5. November 2026

Wir fragen den Senat:

1. Welche Erkenntnisse hat der Senat über die Veranstaltung am 9. Dezember 2026, der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft, bei der Francesca Albanese erscheinen soll?

2. Wurden öffentliche Stellen beteiligt oder finanzielle, räumliche oder sonstige Unterstützungsleistungen durch Land oder Stadtgemeinde beantragt oder zugesagt?

3. Wie bewertet der Senat Albaneses Aussage, die Opfer des 7. Oktober seien nicht wegen ihres Judentums, sondern als Reaktion auf israelische Unterdrückung getötet worden?